

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 24. Plenumsitzung vom 1. Oktober 2008

19.30 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend Ratspräsidentin Barbara Häberli
29 Ratsmitglieder
Ratsweibelin Lydia Schumacher

**Entschuldigt
abwesend** 6 Ratsmitglieder
Ratssekretärin Ida Hofstetter

Präsenz der Exekutivbehörde

Stadtrat	Harald Huber Didier Falbriard Stephan Herzog Dr. Alphons Kappeler Walter Müller Heinz Spälti Patrick Stutz	Stadtpräsident Sicherheit, Umwelt Soziales Hochbau Finanzen Gesundheit, Umwelt Werke
Schulpflege	Rita Rapold	Schulpräsidentin

Geschäfte

1. Mitteilungen

2. Allgemeine Fragestunde

- 2.1 Schriftliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege
- 2.2 Mündliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

3. Liegenschaft Zürichstrasse 12 (SRB 160/08)

Anträge des Stadtrates auf

- Genehmigung der Investitionskosten für die mieterspezifischen Innenausbauten in der Mietliegenschaft Zürichstrasse 12 in der Höhe von 1'500'000 Franken
- Zustimmung zum Mietverhältnis für die Liegenschaft Zürichstrasse 12 mit der Pensionskasse der Stadt Adliswil zu einem jährlichen Mietzins von 360'000 Franken (exkl. Nebenkosten)
- Verabschiedung der Weisung zur Urnenabstimmung „Miete der Geschäftsliegenschaft Zürichstrasse 12 durch die Stadtverwaltung Adliswil“ zu Handen der Urnenabstimmung vom 28. September 2008

4. Postulat betr. Parkierungsmöglichkeiten (SRB 216/08)

Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulates von Harald Huber und Fredi Morf betr. Parkierungsmöglichkeiten bei allen Adliswiler Sport- und Freizeitanlagen

5. Information aus der Arbeitsgruppe Reform

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Marion Hans	krank
Bernd Riesen	berufliche Verpflichtung
Clemens Ruckstuhl	berufliche Verpflichtung
Markus Simon	private Verpflichtung
Hans Ruedi Stieger	Ferien
Stefan Winter	private Verpflichtung
Ida Hofstetter	berufliche Verpflichtung

1.2 Überweisungen an die RGPK

Am 15. September 2008:

- Antrag des Stadtrates auf Bewilligung eines Nachtragkredits gemäss Vorprojekt von 502'604 Franken für den Quartierpark 1. Etappe + Allmend und die Veränderung der Kreditsumme entsprechend des Baupreisindex
- Antrag des Stadtrates auf Genehmigung der Kreditabrechnung über die Anschaffung von Mobilien für die neue Pflegewohngruppe im Haus zum Mauersegler im Betrag von 375'965 Franken
- Anträge des Stadtrates auf
 - Genehmigung der Änderungen der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Adliswil vom 2. März 1997 gemäss Ziff. 4 der beiliegenden Weisung
 - Verabschiedung der beiliegenden „Weisung zur Urnenabstimmung vom 8. Februar 2009 für die Teilrevision der Gemeindeordnung vom 2.3.1997“ zu Handen der Urnenabstimmung vom 8. Februar 2009

1.3 Mitteilungen aus dem Stadtrat und der Schulpflege

Stadtpräsident Harald Huber:

Im Sinne einer Vertrauen schaffenden Transparenz möchte ich Sie heute über die Behandlung von alten, offenen Verpflichtungskrediten informieren. Aufgrund einer Überprüfung der noch nicht abgerechneten Kredite hat der 1. Vizepräsident im letzten Herbst mittels einer Präsidialverfügung beschlossen, dass eine Vielzahl von Krediten im Kompetenzbereich des Stadtrates nicht mehr abzurechnen seien. Es handelt sich dabei um Kredite, deren Projekte teilweise über zehn Jahre zurück liegen. Die Gründe dazu sind:

- Der Aufwand, all diese Kredite abzurechnen ist immens.
- Die verantwortlichen Personen sind teilweise nicht mehr bei der Stadt Adliswil.
- Ein Lerneffekt aus diesen Abrechnungen ist nicht mehr gegeben.

Im Laufe dieses Jahres mussten wir leider feststellen, dass in den erwähnten Krediten auch 14 Kredite enthalten sind, die in die Kompetenz des Gemeinderates fallen und in der Jahresrechnung 2007 auf den Seiten 129 aufgeführt sind. Der Stadtrat bedauert dieses administrative Missgeschick und entschuldigt sich dafür. Es war nie die Absicht des Stadtrates, Entscheidungen im Kompetenzbereich des Gemeinderates zu fällen.

Der Stadtrat hat in der Zwischenzeit folgende Massnahmen ergriffen und diese anfangs Woche der RGPK vorgestellt:

- Die vom Gemeinderat verabschiedeten Kredite werden selbstverständlich ordnungsgemäss abgerechnet und zur Prüfung und Abnahme unterbreitet.
- Der Stadtrat hat die Verwaltung angewiesen, jene Kredite, bei denen allenfalls Subventionen zu erwarten sind, per 31.12.2008 definitiv abzurechnen. Die übrigen folgen anfangs 2009.
- Ferner hat der Stadtrat organisatorische Massnahmen getroffen, dass ein solcher Abrechnungstau in Zukunft nicht mehr möglich ist und die Kredite somit innerhalb nützlicher Frist abgerechnet werden.

Im Weiteren kann ich Sie informieren, dass die Fr. 35'000.--, die der Gemeinderat fürs Personal beschlossen hat, diese Woche zusammen mit einem Brief den Mitarbeitenden verteilt werden.

1.4 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen

Thomas Fässler, CVP:

In der Pressemitteilung vom 10. September konnte man erfahren, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Gemeindeordnung beabsichtigt, den Gemeinderat von 36 auf 24 Mitglieder zu verkleinern. Ohne die geplante Verkleinerung zu werten, stören wir uns am Vorgehen des Stadtrates. In der Vernehmlassung vom letzten November war keine Frage zu diesem Thema aufgeführt. Der Stadtrat hat aus der Diskussion am Runden Tisch eine lose CVP-Idee aufgenommen und sogleich ins Reine geschrieben. Wir hätten vom Stadtrat erwartet, dass er mindestens bei den Fraktionen nochmals nachgefragt hätte. Es macht den Anschein, dass der Stadtrat die Diskussion scheut und den Gemeinderat vor Tatsachen stellen will.

1.5 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 5. November 2008 statt. Unter anderem sind Einbürgerungen geplant.

1.6 Traktandenliste

Stadtrat Walter Müller:

Der Stadtrat hat das Traktandum 3 „Zürichstrasse 12“ zurückgezogen.

Die **Ratspräsidentin** informiert, dass demnach das Traktandum 3 wegfällt und die nachfolgenden Traktanden um eine Position vorverschoben werden.

2. Allgemeine Fragestunde

2.1 Schriftliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

Hans Rindlisbacher: Ist der Stadtrat bereit, die 15 leerstehenden 1-Zimmer-Wohnungen in der Alterssiedlung im Tal mit sehr wenig Aufwand - eine Küche herausnehmen und neu malen - zu 2-Zimmer-Wohnungen umzubauen? Da uns im Moment die finanziellen Mittel für eine Grosssanierung fehlen, wäre dies eine optimale Wohnungsausnutzung, welche der Stadt wieder finanzielle Mittel einbringt. Diese Lösung hätte dann den Effekt, dass man die Wohnungen wieder besser vermieten könnte. Ein Kreditantrag für diese Massnahme, welche keine grossen Kosten ergäbe, würde sicher von einer Mehrheit im Rat unterstützt werden. Ausserdem gibt es zurzeit auch zwei leerstehende 2-Zimmer-Wohnungen. Kann es sein, dass diese Wohnungen nicht oder zu wenig inseriert werden?

Stadtrat Stephan Herzog: Es ist so, dass 1-Zimmer-Wohnungen nicht mehr gefragt sind. Es gibt zwar eine Warteliste, aber niemand möchte eine der freien 1-Zimmer-Wohnungen. Für kurzfristige Veränderungen ist der Zeitpunkt ungünstig, weil die Alterssiedlung bald saniert werden soll. Bezüglich Finanzierung figuriert die Alterssiedlung unter den Spezialfinanzierungen, d. h. sie muss Investitionen selbst tragen können. Ich bin aber gerne bereit, die Idee von Hans Rindlisbacher mit Baufachleuten zu prüfen. Man muss sich aber bewusst sein, dass allfällige Veränderungen zirka in drei Jahren möglich wären, dies geht auch aus dem Finanzplan hervor. Auch bei den 2-Zimmer-Wohnungen gibt es immer wieder Leerstände, weil sie in einem schlechten Zustand sind. Bei diesen versucht man mit einer „Pinselsanierung“ eine Auffrischung, damit sie vermietet werden können. Ausgeschrieben werden die Wohnungen nicht, weil man mit der Alterssiedlung nicht auf den öffentlichen Markt gehen will. Ab und zu werden Wohnungen auch an andere Leute vergeben, jedoch nur, wenn diese in die Altersstruktur passen.

Peter Barmettler: Am Sonntag hat Adliswil zum Kredit für erweiterte Tagesschulstrukturen „ja“ gesagt. Bereits in der entsprechenden gemeinderätlichen Debatte wurde darauf hingewiesen, dass die Elternbeiträge im Bezirksvergleich relativ tief sind. Die bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder fordern deshalb bezirksübliche Tarife. Meine Fragen:

1. Wann werden die Tarife der Schule Adliswil auf den Bezirksschnitt angehoben?
2. Wie sieht das weitere Vorgehen aus? Wird die Gebührenerhöhung bereits im Budget 2009 berücksichtigt?
3. Wie hoch ist der Kostendeckungsgrad mit der aktuellen Gebührenordnung?
4. Wie hoch wird er in den nächsten zwei bis drei Jahren sein?
5. Wie ist diese Höhe im Vergleich zu den anderen Gemeinden im Bezirk sowie zu anderen Gemeinden vergleichbarer Grösse einzuordnen?

Schulpräsidentin Rita Rapold: Ich habe mich bereits in der Gemeinderatsdebatte vom 2. Juli bereit erklärt, die Überprüfung der Tarifstruktur der Betreuungsangebote aufzunehmen. In der Zwischenzeit waren Schulferien und die zuständige Leiterin der schulergänzenden Angebote ist wegen Schwangerschaft ausgefallen. Ihre Nachfolgerin

hat vor zwei Wochen die Arbeit aufgenommen. Und mit der Abstimmung vom letzten Wochenende wissen wir nun genau, auf welcher Grundlage wird das zukünftige Angebot und damit auch die Tarife planen können.

Die neue Leiterin schulergänzende Angebote hat bereits den Auftrag erhalten, die gesamte Tarifstruktur zu überprüfen und Vergleiche mit anderen Gemeinden im Bezirk anzustellen. Dabei sollen nicht einfach die Endtarife verglichen, sondern Umfang, Dauer und Intensität der Angebote einander gegenübergestellt werden. Erst daraus lassen sich gültige vergleichende Angaben ableiten. Um diese Arbeit zu leisten, muss einiger Aufwand erbracht werden, welcher entsprechend Zeit fordert.

Ziel des Adliswiler Angebots sollen tiefe Kosten sein. Daraus können Tarife entwickelt werden, welche eine angemessene Kostendeckung gewährleisten. Dabei ist u. a. zu berücksichtigen, dass Adliswil relativ viele Familien mit tiefem Einkommen hat, welche wegen Berufstätigkeit auf eine Betreuung durch die Schule angewiesen sind. Aber auch Mittelstand und hohe Einkommen sollen nicht so stark belastet werden, dass sich die Erwerbstätigkeit nicht mehr lohnt.

Zur 1. Frage:

Ich gehe davon aus, dass in der Schulpflege bis im Frühling über neue Tarife entschieden werden kann. Sie könnten dann auf Sommer 2009 in Kraft treten, da eine Änderung frühzeitig angekündigt werden muss.

Zur 2. Frage:

Im Budget 2009 ist noch keine Änderung berücksichtigt, da die konkreten Änderungen noch nicht abgeschätzt werden können. Es sind Veränderungen sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite denkbar.

Zur 3. Frage:

Bei der Kostendeckung stellt sich die Frage, welche Kosten tatsächlich in die Berechnungen einbezogen werden. Auch hier sollen Vergleiche und Absprachen mit anderen Bezirksgemeinden angestrebt werden.

Nach den heute in der Finanzbuchhaltung erfassten Zahlen liegen die Kostendeckungsgrade zwischen 18,7 % und 39,3 %, durchschnittlich bei 26,5 %.

Zur 4. Frage:

Dies wird aus den noch bevorstehenden Detailarbeiten resultieren. Es wird darum gehen, einerseits das Angebot kostengünstig zu erbringen und andererseits Tarife festzulegen, welche auch bezahlbar sind.

Zur 5. Frage:

Über aussagekräftige Vergleiche mit anderen Gemeinden liegen noch keine Angaben vor.

Ruedi Bräuer: Nachdem gegen die Vergabe der Abfallentsorgung erneut rekurriert wurde, muss eine neuerliche Übergangslösung gefunden werden. Dazu habe ich folgende Fragen:

1. Wurden mehrere mögliche Transporteure angefragt?
2. Hat man insbesondere auch den „Gewinner“ der Submission angefragt?
3. Sind bereits Angebote eingegangen, insbesondere von diesem „Gewinner“?
4. Ist der Auftrag bereits vergeben, wenn ja, an wen?

5. Warum wurde in der Presse (Interview mit H. Spälti) bereits der bisherige Auftragnehmer (Bohli) als möglicher Auftragnehmer für die Übergangsregelung genannt, hat er doch verhindert, dass Adliswil seinen Kehricht ab 1.1.09 günstig abtransportieren lassen kann?
6. Wird mit Bohli tatsächlich über dieses Thema verhandelt? Wenn ja, warum?

Stadtrat Heinz Spälti: Wir haben am 25.9.08 eine Beschwerdenantwort zu Handen des Verwaltungsgerichtes eingereicht. Selbstverständlich haben wir beantragt, dass die Beschwerde vollumfänglich abzuweisen sei. Zusätzlich haben wir beantragt, dass die aufschiebende Wirkung nicht gutgeheissen werden soll. Wenn die aufschiebende Wirkung nicht gutgeheissen wird, können wir den Vertrag mit der ARGE unterzeichnen und das Problem per 1.1.09 wäre vom Tisch. Sollte die aufschiebende Wirkung wider unserer Erwartung gutgeheissen werden, wäre im Urteil noch alles offen, aber wir müssten eine Übergangslösung suchen und hätten vielleicht ein grösseres Problem. Das Problem gehen wir aber erst an, wenn wir müssen bzw. wenn das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung gutheissen würde. Es würde sich dann ein juristisches Problem stellen. Normalerweise ist es so, dass diejenige Firma, die bis jetzt die Arbeit gemacht hat, die Arbeit auch weiter macht. Daher stammt auch meine Bemerkung im Sihltaler, dass wir möglicherweise mit der Bohli AG die Übergangsregelung treffen müssten. Wir wollen dies aber nicht einfach tun, nicht zuletzt aus Kostengründen. Ich kann aber gemäss Submissionsverordnung kein freihändiges Verfahren machen, weil dies nur bis Fr. 150'000.-- möglich ist. Ich kann das Verfahren auch nicht ausschreiben. Ich kann aber weder der Bohli AG noch der ARGR einfach die Übergangslösung übertragen. Dies würde also juristische Abklärungen erfordern. Wie erwähnt, habe ich die Abklärungen noch nicht in Auftrag gegeben, denn wenn der aufschiebenden Wirkung nicht stattgegeben wird, wären die Abklärungen umsonst gewesen. Hans-Peter Nyffeler hat Fragen in die gleiche Richtung gestellt. Ich glaube, ich habe damit sowohl diejenigen von Ruedi Bräuer als auch von Hans-Peter Nyffeler beantwortet.

Zu den Fragen von Ruedi Bräuer:

Zur 1. Frage:

Nein, es wurde noch niemand angefragt.

Zur 2. Frage:

Nein, man hat mit dem „Gewinner“ noch nicht gesprochen.

Zur 3. Frage:

Nein.

Zur 4. Frage:

Nein.

Zur 5. Frage: Diese habe ich in meinen Ausführungen bereits beantwortet.

Zur 6. Frage:

Möglicherweise werden wir mit der Bohli AG verhandeln, möglicherweise wird die Firma sagen müssen, zu welchem Preis sie bereit ist, für die Übergangsfristen einzuspringen. Möglicherweise kann ich aber auch die ARGE fragen. Mehr kann ich im Moment nicht sagen, ich werde Sie selbstverständlich orientieren, wenn die offenen Fragen geklärt sind.

Hans Rindlisbacher: Es geht jetzt darum, ob das Gericht die aufschiebende Wirkung gewähren wird oder nicht. Deshalb sollte man trotzdem vorausarbeiten und bei den Unternehmen Offerten einholen, denn wenn die Sache länger dauert, sollten die Firmen dann mit Personen und Fahrzeugen parat sein, wenn es soweit ist.

Hans-Peter Nyffeler: Das Schützenhaus Bühl wird per 31.10.2008 geschlossen. Was gedenkt der Stadtrat in dieser Angelegenheit zu unternehmen? Wo finden in Zukunft die Schiessveranstaltungen statt und wo können die schiesspflichtigen Adliswiler das Obligatorische schiessen?

Stadtrat Didier Falbriard: Der Stadtrat hat am 8. Juli 2008 beschlossen, dass der Schiessbetrieb im Büel nach der Schliessung am 31.10.08 wieder aufgenommen werden kann, falls die eidgenössischen Räte einer Änderung des Umweltschutzgesetzes zustimmen. Der Unterbruch des Schiessbetriebes bis zu diesem Zeitpunkt dient zur Sicherstellung der Abgeltungsansprüche bei einer allfälligen Pflicht zur Sanierung der Kugelfänge. Ich betone „allfällig“ - bis heute haben wir dazu keine Verfügung des AWEL erhalten. Der Schützenverein ist über diesen Entscheid informiert worden.

Wir haben zusammen mit dem Schützenverein beschlossen, dass wir bis Ende November dieses Jahres eine Lösung suchen werden, wo sie ihre Anlässe durchführen können. Der Schützenverein hat uns mitgeteilt, dass das Barbara-Schiessen dieses Jahres auf den 25.10.08 vorverlegt wird.

Das Ressort Sicherheit hat seit 2005 Kontakt mit dem „Albigsüetli“. Anfangs war die Skepsis der Zürcher für die Aufnahme der Adliswiler deutlich, aber seit einem Jahr hat sich das geändert. Aus verständlichen Gründen konnte sich auch unser Schützenverein anfangs nicht für die Albigsüetli-Lösung begeistern. Befürchtet wird, dass sich der Verein mit der Verschiebung ins Albigsüetli auflösen könnte.

Grundsätzlich kann das Obligatorische in der ganzen Schweiz geschossen werden.

2.2 Mündliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

Robert Wälle: Herr Stadtrat Walter Müller hat uns im Frühling schmackhaft gemacht, dass der Kanton sehr wahrscheinlich unsere Steuerrechnung überprüfen würde und wir hohe Rückflüsse erwarten könnten - ich denke an die Steuern der Rückversicherung. Sind nun Gelder vom Kanton eingegangen und wenn ja, wie hoch sind die Beträge? Ist der Stadtrat heute in der Lage, eine Hochrechnung für die Steuererträge 2008 zu erstellen?

Stadtrat Walter Müller: Wir sind laufend an den Abklärungen mit dem Kanton und werden bis Ende Oktober definitive Zahlen präsentieren können.

3. Postulat betr. Parkierungsmöglichkeiten (SRB 216/08)

Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulates von Harald Huber und Fredi Morf betr. Parkierungsmöglichkeiten bei allen Adliswiler Sport- und Freizeitanlagen

Mit Beschluss vom 19. August 2008 hat der Stadtrat wie folgt auf das pendente Postulat geantwortet:

Am 19.04.05 hat der Stadtrat beschlossen, die Parkplätze beim Hallen- und Freibad von Montag bis Samstag, 8 bis 21 Uhr, mit Parkuhren bewirtschaften zu wollen und als flankierende Massnahme, das Parkieren auf den umliegenden Strassen nur noch mit Parkscheibe (Blaue Zone A04) zu gestatten.

Aufgrund des Postulates von Harald Huber und Fredi Morf hat der Stadtrat am 21.11.06 (SRB 340/06) beschlossen, die Parkgebühren zu reduzieren und die Parkplätze nur in der Zeit von Montag bis Freitag, 8 bis 17 Uhr, zu bewirtschaften. Der Stadtrat hat zudem bestätigt, keine Absicht zu haben, auf den anderen Sport- und Freizeitanlagen Parkgebühren erheben zu wollen.

An der Sitzung des Gemeinderates vom 20.12.06 haben sich die Postulanten mit der Antwort des Stadtrates einverstanden erklärt. Sie wollten das Postulat aber erst nach Einführung der präsentierten Lösung abschreiben.

Die Parkuhren sind seit Frühjahr 2007 installiert. Von Montag bis Freitag, 8 bis 17 Uhr werden Gebühren erhoben. Es gibt keine zeitliche Beschränkung. Das Postulat kann deshalb abgeschrieben werden.

Die Ausgangslage für ein neues Parkierungskonzept in Adliswil ist heute nicht mehr die gleiche wie 2005, weshalb sich eine Änderung an den bestehenden Regelungen aus Sicht des Stadtrates nicht aufdrängt.

Fredi Morf:

Ich danke dem Stadtrat, dass er nun den sportlichen Leuten am Abend und am Wochenende Parkplätze gratis zur Verfügung stellt. Ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Beschluss

Das am 9.11.05 eingereichte Postulat von Harald Huber und Fredi Morf betreffend Parkierungsmöglichkeiten bei allen Adliswiler Sport- und Freizeitanlagen wird als erledigt abgeschrieben:

Zustimmung.

4. Information aus der Arbeitsgruppe Reform (AG Reform)

Thomas Iseli, Präsident der AG Reform:

Die AG Reform hat sich in bisher neun Sitzungen Gedanken zur zukünftigen Organisation des Gemeinderates in Adliswil gemacht. Zum Einstieg haben wir uns die Organisationen von Riehen/BS und Dübendorf erläutern lassen. Die Gemeinde Riehen ist ein Vorzeigebispiel, weil sie NPM in kürzester Zeit umgesetzt hat. Dübendorf hat auf dem Weg zur Umsetzung das Ganze wieder verworfen. Danach haben wir den Schlussbericht der früheren Reform-Kommission diskutiert und mögliche Lösungen besprochen. Ein anderer Punkt war die Erarbeitung einer Übergangslösung für die Prüfung der Indikatoren und Leistungsziele 2009 sowie des Budgets 2009. In dieser Übergangslösung ist eine engere Zusammenarbeit zwischen der RGPK und den Sachkommissionen geplant, damit Doppelspurigkeiten eliminiert und die Transparenz erhöht werden können.

Vorgängig wurde das Vorgehen des Stadtrates zur flächendeckenden Einführung von Globalbudgets diskutiert, und es wurde die Grundsatzfrage aufgeworfen, ob wir dazu schon einmal ja gesagt hätten. Fazit: Der Gemeinderat hat zu den Globalbudgets grundsätzlich ja gesagt und somit ist eine erneute Grundsatzdiskussion hinfällig. Der Gemeinderat muss sich aber adäquat organisieren. Ziel des Gemeinderates sollte sein, den bisherigen Einfluss eher in strategischen Fragen beibehalten zu können. Ein wichtiger Punkt im Kontext mit Globalbudgets ist eine grössere Transparenz und mehr Wissen bezüglich den Leistungen und Kosten. Nur so kann eine Strategie vorgegeben werden.

Momentan diskutieren wir über die Anzahl Kommissionen, welche künftig die Arbeit bzw. Prüfung machen soll. Dabei geht es auch um das Spannungsfeld zwischen der RGPK und den Sachkommissionen. Wir haben verschiedenen Städten einen Fragebogen zugestellt, denn wir wollten auch über die Kantonsgrenzen hinaus erfahren, was für Organisationen bestehen und welche Erfahrungen mit Globalbudgets gemacht wurden. Wir sehen unsere Aufgabe darin, verschiedene Möglichkeiten zu diskutieren und dann einen Vorschlag für die künftige Organisation des Gemeinderates zu machen. Dieser wird bei den Fraktionen in die Vernehmlassung geschickt und danach muss ggf. die Geschäftsordnung des Gemeinderates angepasst werden. Dies sollte bis Ende 2009 erfolgen, damit in der neuen Legislatur mit der neuen Organisation gestartet werden kann.

Rita Schmid:

Zum Status und zum Auftrag der AG Reform: Meines Wissens ist die AG Reform vom Büro eingesetzt worden. Es wurde aber hier im Gemeinderat nicht bekannt gegeben, was für ein Mandat sie hat, und ich möchte dies wissen, denn das Ganze soll formell den richtigen Weg gehen. Wie ich soeben gehört habe, fasst die AG Reform das Mandat umfassend. In einem solchen Fall braucht es m. E. einen Auftrag vom Gemeinderat.

Die Ratspräsidentin Barbara Häberli erklärt, dass sie das Anliegen von Rita Schmid im Büro besprechen wird.

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr
Für die Richtigkeit:

Peter Barmettler, 2. Sekretär